



## **„Soziale Marktwirtschaft – Gestern – Heute – Morgen“**

### **Rede zur Eröffnung der Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben? Freiburg – Wiege der Sozialen Marktwirtschaft – Walter Eucken und die Freiburger Schule“ am 30. Oktober 2021**

„Ich habe nur gewollt.“ Das waren die letzten Worte eines Gescheiterten: Josephs II. Er hatte das Beste gewollt, aber wenig erreicht. Ein Ordoliberaler war er nicht – aber er ist Namensgeber der Straße, in der sich heute die Freiburger Sparkasse befindet, der Ort dieser Ausstellung über Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft. Joseph II., im 18. Jahrhundert Freiburger Landesherr, war Verfechter der Aufklärung und – schon bevor es den Begriff gab – Gesinnungsethiker. Ein dogmatischer Idealist, der zu wissen glaubte, was den Menschen nützt. Der auf Zwang und Gängelung setzte, bis die Menschen gegen ihn aufbehrten. „Diktator des Fortschritts“ hat man ihn später genannt – was beim Blick auf aktuelle Diskussionen zumindest vielfältige Assoziationen zulässt. Ganz anders das Denken der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft. Sie waren fest überzeugt, dass am besten der Mensch selbst beurteilen könne, was gut für ihn ist. In Ludwig Erhards Worten: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren; ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“

Walter Eucken als einer der Gründerväter der Freiburger Schule kannte die negativen Folgen von dogmatischer Starre und blindem Fortschrittsdrängen. In der Tradition von Reformern mit Augenmaß folgte er Adam Smith, dem „Vater“ der Volkswirtschaftslehre. Eucken glaubte wie der schottische Ökonom und Moralphilosoph an die schöpferische Kraft freier Selbstbestimmung in einem

vom Staat gesetzten Ordnungsrahmen. Seine Wirtschaftskonzeption ist stark werteorientiert und anthropozentrisch. Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Prozesse steht für ihn der Mensch. Ökonomisches Handeln ist kein Selbstzweck – und darf kein Selbstzweck werden. Ziel ist das Wohlergehen der Menschen. Und die sind, wie schon Adam Smith und Immanuel Kant wussten, zur Freiheit begabt und zu Großem fähig. Der Mensch ist aber auch aus allzu krummem Holz geschnitzt; verführbar, ängstlich, irrational. Er handelt nicht nur zum Wohle der Mitmenschen. Deshalb müssen dem Markt und seinen Akteuren dort, wo sie die gesellschaftlichen Werte und die Legitimation unserer Wirtschaftsordnung unterlaufen könnten, durch die Politik Grenzen gesetzt werden – ohne allerdings den Mensch zu entmutigen.

Eine Politik, die dem Menschen in seiner Schwäche, Stärke und in seinem Freiheitsbedürfnis gerecht werden will, muss die schwierige Balance zwischen zu wenigen und zu vielen Regeln wahren. Es geht um Maß und Mitte. Walter Eucken und seine Mitstreiter wie Alexander Rüstow, Franz Böhm, Wilhelm Röpke hatten das erkannt. Ebenso Alfred Müller-Armack, auf den der Name Soziale Marktwirtschaft zurückgeht. Er wollte „die Ideale der Gerechtigkeit, der Freiheit und des wirtschaftlichen Wachstums in ein vernünftiges Gleichgewicht [...] bringen“. Das ist uns in den vergangenen 70 Jahren größtenteils gelungen; diese Balance zu finden, ist aber ein beständiger Auftrag, nur so sichern wir den Erfolg der human verfassten, auf der Menschenwürde gründenden Sozialen Marktwirtschaft, die sich der Realität der unperfekten menschlichen Natur stellt. Die Freiburger Schule hat nicht nur „gewollt“, sie hat „gewirkt“ – und den Menschen mit zu einem verantwortlichen Umgang mit Freiheit verholfen. Nicht durch Zwang, sondern durch Regeln und klug gesetzte Anreize. Der Ökonom Harald Scherf hat einmal am eigenen Leib erlebt, wie kontraproduktiv Anreize sein können, wenn sie falsch gesetzt sind. Der kirchlich engagierte Scherf, Bruder des früheren Bremer Bürgermeisters Henning Scherf, bereiste als Student Indien.

Auf dieser Reise hatte er ein besonderes Erlebnis. Vor seiner Unterkunft fand er ein Körbchen mit einem Neugeborenen. Einheimische rieten ihm, dieses „Geschenk“ zu ignorieren. Es sei der Versuch, europäische Mildtätigkeit auszunützen. Scherf brachte das nicht übers Herz. Er nahm das Baby mit zu einer christlichen Missionseinrichtung. Am nächsten Tag lagen dreißig Körbe mit Neugeborenen vor seiner Tür!

Den „Fluch der guten Tat“, wie ihn Scherf hier erfuhr, gibt es nicht nur im Persönlichen. Auch auf nationaler und zwischenstaatlicher Ebene kann ein Handeln in bester Absicht unangenehme Konsequenzen haben – wenn dabei ökonomische Prinzipien missachtet werden. Deshalb warnen auch die heutigen ‚Freiburger‘ vor Verstößen gegen die Logik des Marktes – nicht zuletzt Lars Feld, etwa mit Blick auf die aktuelle Geld- und Finanzpolitik in Europa. Die pandemiebedingten Milliardenhilfen beim EU-Wiederaufbaufonds waren zwar zweifellos notwendig, auch die damit verbundene Kreditaufnahme, die zum Anstieg der Staatsschuld führte. Aber solide Haushaltsführung, auf die die Freiburger Schule immer großen Wert gelegt hat, bleibt entscheidend. Die Ausgaben müssen wieder gesenkt werden, wenn die Krise überwunden ist. Sonst droht Inflation. Und die treibt die Schere zwischen Reich und Arm auseinander, gefährdet die soziale Balance in der Gesellschaft.

Dass wir eine solche Unwucht lange recht gut vermeiden konnten – trotz mehrerer Krisen –, hat wesentlich mit unserer Entschlossenheit zu tun, eine Schuldenbremse einzuführen und deren Regeln einzuhalten. Die Schuldenbremse ist übrigens das Werk meines sozialdemokratischen Vorgängers als Bundesfinanzminister gewesen. Das betone ich für all diejenigen, die glauben, das sei alles nur ein christdemokratischer Fetisch. Die Schuldenbremse hat einen ordnungspolitischen Sinn, und ich rate nachdrücklich dazu, den nicht zu ignorieren. Einfach gesagt: Wir sparen in der Zeit und haben in der Not. Das muss

uns auch in der Zukunft leiten – und deshalb rate ich, nicht allzu selbstsicher die aktuelle Inflationsentwicklung zu betrachten.

Dem Ordoliberalismus kommt hier eine wichtige Rolle zu. Er verteidigt das Konzept der Schuldenbremse und leistet Überzeugungsarbeit in der akademischen Fachwelt und der breiteren Öffentlichkeit. Nicht zuletzt dieser Umstand sichert die Relevanz der Freiburger Schule im 21. Jahrhundert. Allerdings wird sich auch der Ordoliberalismus wandeln müssen. Anpassungen sind notwendig. Es braucht die Selbstvergewisserung darüber, was Ordoliberalismus im 21. Jahrhundert ausmacht und welche Antworten er auf aktuelle Fragen gibt: von der Globalisierung, über Migration bis zum Klimawandel.

Die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen verstärkter internationaler Verflechtung ist überfällig. Ludwig Erhards Leitbild vom „Wohlstand für alle“ ist heute so richtig wie zu seiner Zeit. Es braucht allerdings die Erweiterung um neuere Erkenntnisse in Ökonomie, Politik und Gesellschaft. Schon Walter Eucken war schließlich überzeugt, dass der Ordoliberalismus Flexibilität bei der Formulierung von Grundsätzen zulässt: „Wirtschaftspolitische Diskussion“, schrieb er, „sollte nicht Diskussion über Doktrin, sondern über konkrete Ordnungsaufgaben sein.“ Darauf kommt es auch in Zukunft an – vor allem mit Blick auf die drängendste Herausforderung, den Klimawandel. Ökologie und Wohlstand müssen in eine bessere Balance gebracht werden. Das betrifft uns alle – Wirtschaft, Wissenschaft, Politik. Die ganze Gesellschaft. Es braucht eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

„Grüne Null“ und „Schwarze Null“ bilden doch keinen Gegensatz. So wenig wie „Sozial“ und „Marktwirtschaft“. Die Soziale Marktwirtschaft ist anderen Ordnungen gerade deswegen überlegen, weil sie die Effizienz von Markt und Wettbewerb mit sozialer Chancengleichheit verbunden hat. Das war und ist

richtig. Und nachhaltig. Vor dem Hintergrund atemberaubender technischer und wissenschaftlicher Entwicklungen gewinnt Nachhaltigkeit an Brisanz. Wir müssen besser als bisher alle drei Aspekte der Nachhaltigkeit miteinander verbinden – Wirtschaft, Sozialwesen, Ökologie.

Das geht aber nicht allein mit Rufen nach ökologischen Konjunkturprogrammen. Die Klimatechnologie ist zwar unbestreitbar ein Segment mit großem Wachstumspotenzial. Mit etwas Nachdenken wird aber klar, dass kreditfinanzierte Fiskalmaßnahmen dieses Potenzial nicht ausschöpfen werden. Wer mehr Geld ausgibt, als er einnimmt, gefährdet die „Schwarze Null“, ohne die „Grüne“ zu erreichen. Deshalb ist von entscheidender Bedeutung, dass wir uns daran erinnern, worauf es ankommt: Wirtschaftliches Wachstum ist eng mit einer verstärkten Arbeitsleistung verbunden, quantitativ und vor allem qualitativ. Innovation und Produktivitätsfortschritt sind der Schlüssel zum Wachstum.

Auffallend ist in diesem Zusammenhang der geringe Workload in unserem Land. Deutschland liegt mit seiner geringen Arbeitsleistung im OECD-Vergleich auf dem letzten Platz. Das hat mit einer veränderten Work-Life-Balance zu tun. Freizeit gilt als Wert an sich. Das will ich gar nicht kritisieren. Solche Prioritäten verstärken aber in der Summe die Wachstumsschwäche in Deutschland. Weil sie sich mit anderen Trends überlappen – darunter die Überalterung unserer Gesellschaft und unsere gerade von Juristen geschürte Neigung zur Perfektion von Regulierung. Wir müssen uns der Konsequenzen bewusst sein und sollten nicht der Illusion erliegen, wir könnten daran allein mit konjunkturstimulierenden Maßnahmen oder dem Offenhalten der Geldschleusen der EZB etwas ändern. Wachstum entsteht so nicht.

Wir werden unsere Probleme nur lösen und nachhaltiges Wachstum nur sichern können, wenn wir qualitativ besser werden. Wenn wir innovativer sind als

andere und die große Kraft des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts mobilisieren. Es braucht die Förderung der kreativsten Köpfe. In unserem Land steckt viel innovatives Potenzial. Das zu fördern, ist Aufgabe der Politik.

Zu ihr gehört auch – die Freiburger Schule weiß das – die Internalisierung externer Kosten. Das Gut „Umwelt“ hat im Markt keinen Preis, es ist frei zugänglich und daher dem Anschein nach „umsonst“. Deshalb wird es genutzt – nicht selten über Gebühr. Das lässt sich vermeiden, wenn die Kosten aus dem Verbrauch dieser Ressource ausgewiesen und „eingepreist“ werden. Der Verbrauch bleibt dann im Rahmen des sozial und ökologisch Vertretbaren. Internalisierung der Kosten ist auch deshalb ratsam und klug, weil sie nicht gängelt und einengt, sondern dem Markt erlaubt, seine auf Freiheit beruhende Dynamik zu entfalten. Das lässt Nachhaltigkeit zu, ist ökonomisch und ökologisch effizient und schützt das Klima besser als Vorschriften und Planvorgaben.

Trotzdem braucht es auch Regeln und Grenzen – natürlich. Wer nur dem Markt vertraut und auf Deregulierung setzt, gefährdet den Markt selbst. So sah es bereits vor Jahrzehnten der amerikanische Politikwissenschaftler Karl Deutsch – und zwar auf alle komplexen Systeme bezogen, also auf die Wirtschaft genauso wie auf Politik und Gesellschaft. Deutsch plädierte für liberale Ordnungen mit klaren Grenzen und begründete dies mit der Metapher: „Ein Auto kann umso schneller fahren, je bessere Bremsen es hat.“ Wir haben das in den letzten Jahren in extremer Form erlebt. Ein für mich eindrückliches Beispiel ist unser Umgang mit der Abfallentsorgung. Wir produzieren Müll in unglaublichen Mengen, trennen ihn zwar vorbildlich, fragen uns aber nicht, wohin die nicht recyclefähigen Reste gehen. Am Ende exportieren wir sie nach Indonesien – und empören uns über die Vermüllung der Meere. Ich erinnere mich auch noch gut an die Debatte über Müllverbrennung in den 90er Jahren. Damals haben wir unsere Wohlstandsabfälle nach Sizilien oder Süditalien geschafft und uns dann über den

Müll dort beschwert. Was von unserer Produktion übrig bleibt, müssen wir schon selber beseitigen. Hier allein dem Markt zu vertrauen, wird nicht funktionieren. Allerdings bringt es auch nichts, Marktgesetze zu ignorieren. Darauf hat zuletzt wieder Hans-Werner Sinn hingewiesen. Er ist kein Ordoliberaler qua Herkunft, aber hegt Sympathien für die Freiburger Schule. Sinn warnt vor dem „Green Paradox“, wie es etwa im Bereich der Petrochemie und des Mineralölverbrauchs auftreten kann, dann jedenfalls, wenn marktwirtschaftliche Instrumente unbesonnen eingesetzt werden. Wer hier allein auf Steuern baue und Benzin und Öl verteuere, verrechne sich. Zwar werde die Nachfrage nach Kraftstoff zunächst zurückgehen. Doch dabei bleibt es nicht. Die Ölproduzenten als Anbieter werden versuchen, ihre Umsatzeinbußen zu kompensieren – durch Ausweitung der Fördermengen! Das können sie kostenneutral tun. Die Förderanlagen existieren ja, und es macht produktionstechnisch keinen nennenswerten Unterschied, ob eine Million Barrel an die Oberfläche gepumpt werden oder 5 Millionen oder 10 Millionen. Ein Anstieg der Fördermengen ist aber nach Hans-Werner Sinn doppelt schädlich. Zum einen ökologisch, weil er den Ressourcenverbrauch beschleunigt, statt ihn zu verlangsamen. Zum anderen ökonomisch: Er drückt den zunächst gestiegenen Weltmarktpreis wieder – unter Umständen auf ein tieferes Niveau als vor der Einführung der Steuer. Das konterkariere letztlich die konsumdämmende Wirkung der Steuer. Sie verliere ihren ursprünglichen Zweck und gehöre in die Rubrik „gut gemeint, doch schlecht bedacht.“

Man muss Hans-Werner Sinn nicht in all dem folgen – zumal er den preistreibenden Faktor knapper werdender Ölvorräte unterbewertet, die das Ziel einer Besteuerung eher unterstützen dürften. Dennoch gehört es zur Verantwortung der Politik, Erwägungen von Experten in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Deshalb sind verantwortungsethisch ausgerichtete Denkschulen wie die Ordoliberalen weiterhin wichtig. Irrtümer lassen sich nie vermeiden.

Aber ihr Ausmaß ist umso geringer, je besser man sich mit denen abstimmt, die Fachwissen haben. Nur so sind nachhaltige Erfolge möglich.

Zur Nachhaltigkeitsstrategie gehört auch die Einsicht, dass wir mit dem Handeln nicht warten dürfen, bis wir eine 100-prozentige Lösung gefunden oder gar Einmütigkeit erreicht haben. Wer nach Perfektion strebt, wird mit ziemlicher Sicherheit scheitern. Das erleben wir vielerorts in Deutschland. Unser Drang nach vollkommenen Regelungen bis ins Detail verhindert Resultate. Stattdessen sollten wir uns auch in dieser Frage an Karl Poppers Grundgedanken vom Peacemeal engineering erinnern. Lieber ein nicht perfekter Schritt in die richtige Richtung, als auf der Suche nach dem allerbesten Weg am Ende gar nichts zu machen. „Second Best“ ist meist besser als „nothing“, habe ich oft gesagt. Deswegen ist es auch wichtig, den ersten Schritt zu gehen, und nicht zu warten, bis alle folgen.

Beim Kampf gegen den Klimawandel behaupten ja einige, es nütze nichts, wenn Deutschland vorangehe. Wir würden ja nur zwei Prozent des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes weltweit verursachen – allerdings bei einer Bevölkerungszahl, die nur ungefähr ein Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Es gibt immer Argumente gegen eine Reform. Sie verhindern nur, dass überhaupt begonnen wird. Dabei wäre ein Anfang wichtig, wenn nicht global, dann wenigstens supranational, z. B. auf Ebene der Europäischen Union. Europa hat Gewicht und kann als Vorreiter manches bewirken.

Angesichts der erwarteten Zunahme der Weltbevölkerung um weitere zwei Milliarden Menschen bis 2050 wird der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen nur dann gelingen, wenn wir global denken. Wir müssen gemeinsam Antworten darauf finden, wie das berechtigte Bedürfnis der Menschen in anderen Weltregionen zu Wohlstand zu kommen mit dem Nachhaltigkeitsgedanken zu verbinden ist. Das gilt umso mehr, als die globale



Verfügbarkeit von Informationen in Echtzeit die zumindest subjektive Wahrnehmung von sozialen Unterschieden und Ungleichheiten verstärkt – innerhalb unserer Gesellschaft, aber eben auch zwischen den wohlhabenden Gesellschaften und anderen Regionen der Welt. Dadurch wachsen Begehrlichkeiten. Das ist legitim und schlicht menschlich.

Deshalb werden wir auch sehr viel stärker außerhalb unseres Landes, außerhalb Europas investieren müssen – zumal die beträchtlichen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse von vielen als ein Problem angesehen werden. Uns geht es nur dann auf Dauer gut, wenn wir mithelfen, den Wohlstand der Menschen in unserer Nachbarschaft zu mehren, in Süd- und Mitteleuropa, im Nahen Osten, vor allem auch in Afrika. Das ist kein Altruismus. Es liegt in unserem recht verstandenen Eigeninteresse, anderen bei ihrem Streben nach besseren Lebenschancen und beim Gesundheits- und Klimaschutz zu helfen.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist wahrscheinlich die Menschheitsfrage schlechthin. Vor allem Afrika braucht sehr viel mehr Investitionen – nicht nur aus China. Wir müssen uns mehr engagieren, politisch und wirtschaftlich, wirksam helfen, nachhaltig mehr Perspektiven ermöglichen. Auch aus Eigeninteresse, denn die europäischen Länder wären auf Dauer mit Flüchtlingsbewegungen, wie wir sie 2015 erlebt haben, überfordert. Es wäre viel gewonnen, wenn wir die Menschen überzeugen und dafür ihre Leidenschaft gewinnen könnten.

Die Soziale Marktwirtschaft ist Verpflichtung und Chance in einem. Dann, wenn es uns gelingt, sie zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft zu erweitern und dadurch unsere Zukunft zu sichern. Die Freiburger Schule hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie auf veränderte Umstände zu reagieren vermag. Diese Flexibilität braucht es auch in Zukunft. Dann dient der Ordoliberalismus weiter als Kompass, dann bleibt die Freiburger Schule wichtiger Verbündeter, um Fortschritt mit Augenmaß zu gestalten.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Ausstellung viel Erfolg und viele interessierte Besucher.